

Jahresrückblick 2016

Die Volksrepubliken des Donbass - Wiederaufbau [unter Beschuss](#)

Alle Versuche, die Ukraine im Verlauf des letzten Jahres zu einem Waffenstillstand zu bewegen, waren erfolglos - im Gegenteil, die Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf die an der Front liegenden Orte Volksrepubliken, die darauf angelegt sind, die Infrastruktur zu schädigen, haben deutlich zugenommen. Eine [in der Kontaktgruppe vereinbarte](#) Feuereinstellung ab dem 24.12.2016 ist von der ukrainischen Armee weitgehend ignoriert worden. Mehrfach gab es erfolglose Versuche der ukrainischen Armee, die [Verteidigungslinien](#) der Volksrepubliken zu durchbrechen. So starben z.B. im Jahr 2016 in der DVR durch die ukrainische Aggression 214 Soldaten der Republik und 235 Zivilisten.

[Aus den eher autarken Einheiten der Volksmilizen sind in beiden Republiken in diesem Jahr gut organisierte reguläre Armeen geschaffen worden, deren Soldaten entsprechend versorgt werden und die das Territorium der VR, das nicht durch Kiew okkupiert ist, wirksam verteidigen können.](#) Während die russischen Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination die Verletzungen der getroffenen Minsker Vereinbarungen seitens der ukrainischen Streitkräfte dokumentieren, scheinen Teile der OSZE-Beobachtermission wenig gewillt, dies zur Kenntnis zu nehmen. Dies führt immer wieder zu Unmut in der Bevölkerung der Republiken.

Minsker Verhandlungen

[Da die Ukraine die direkten Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Volksrepubliken vermeidet, um der Welt und dem eigenen Volk zu suggerieren, dass Russland den Teil der Ostukraine okkupiert habe, treten die Minsker Verhandlungen seit vielen Monaten auf der Stelle.](#) Die Minsker Untergruppe zu ökonomischen Fragen hat seit August nicht mehr getagt, da die Ukraine sich weigert, mit [den Vertretern der Volksrepubliken](#) zu verhandeln. Seit dem 1. Dezember hat die Ukraine die Wasserlieferungen vom ukrainischen Gebiet in die LVR praktisch eingestellt, was dort trotz der zusätzlichen Erschließung eigener Quellen zu großen Problemen führt. Auch die Untergruppe zu politischen Fragen, wo es u. a. um den verfassungsrechtlichen Status des Donbass geht, wird von der Ukraine de facto boykottiert. Beim Gefangenenaustausch kommt es aufgrund der Blockadehaltung der Ukraine nicht zu wesentlichen Fortschritten. Die Ukraine hält dabei weitaus mehr Menschen fest als die Volksrepubliken. [Diese hatten bereits mehrfach, als Zeichen guten Willens, einseitig Gefangene an die ukrainische Seite übergeben.](#)

Wiederaufbau

In beiden Donbassrepubliken gibt es Programme zum [Wiederaufbau](#). In der DVR wurden im Lauf des Jahres 436 soziale Objekte (Krankenhäuser, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Infrastruktur) und 897 kommunale Wohnhäuser [wieder aufgebaut](#), in der LVR sind es 275 bzw. 432. Was noch zu tun ist, ist daran ersichtlich, dass etwa in der DVR durch die ukrainische Aggression mehr als 25.000 Objekte [beschädigt](#) wurden.

Und die Zerstörung geht weiter. In der DVR kamen allein 2016 weitere 708 beschädigte Objekte hinzu. [Für die LVR liegen hierzu noch keine genauen Zahlen vor.](#)

Im Jahr 2016 hat eine Reihe Industriebetriebe ihre Arbeit wieder aufgenommen. Viele Betriebe wurden aufgegeben, teilweise schon vor dem Krieg. Nach Zahlen aus der DVR sind dies Tausende. Eine ganze Reihe größerer Betriebe ist inzwischen unter staatliche Leitung gestellt worden [oder wird](#) als Staatsbetriebe wieder aufgebaut. Ein weiteres Problem sind große ukrainische Betriebe, die weiter produzieren und Löhne zahlen, sich jedoch weigern, dies auf Rechtsgrundlage der DVR zu tun und keine Steuern in den Haushalt der Republik zahlen. [Solche Betriebe](#) werden derzeit nicht nationalisiert, weil dies zum Verlust dringend benötigter Arbeitsplätze führen würde, da der Absatz für deren Produkte nicht mehr gesichert wäre. Dies liegt nicht nur an der Wirtschaftsblockade durch

die Ukraine, sondern auch an Exporthindernissen durch die fehlende offizielle Anerkennung durch die RF. Inzwischen können wenigstens Finanztransaktionen und verschiedene Exporte über die Republik Südossetien abgewickelt werden, die die Volksrepubliken offiziell anerkannt hat und mit der es bereits zahlreiche Staatsverträge gibt.

Zahlen aus der DVR vom August 2016 besagen, dass der Umsatz von Industrieprodukten 31% und die Anzahl der Beschäftigten beträgt 61% des Vorkriegsniveaus erreicht hat. Die Planungen in der DVR für das Jahr 2017, sowohl für die Produktion als auch in der Sozial- und Bildungspolitik, sind sehr weitreichend.

Über die Situation in der LVR sind weniger Informationen öffentlich zugänglich, aber auch hier wird daran gearbeitet, wichtige Produktionsstätten wieder zu eröffnen. Zudem ist in der LVR die Gewerkschaft engagiert an vielen Entscheidungen beteiligt.

Die Lage ist in der LVR auch deshalb schwieriger als in der DVR, weil es dort offensichtlich nicht gelungen ist, gegen die weit verbreitete Korruption bis auf höchste Ebenen wirksam vorzugehen, was zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und zu weniger Rückhalt in der Bevölkerung führt als in der DVR. Zurück in die Ukraine möchte aber Umfragen nach auch dort fast niemand mehr, zu groß ist das Leid, das Krieg und Hass seitens der ukrainischen Seite gebracht haben.

In beiden Republiken ist die Lebensmittelversorgung gesichert, Tarife für kommunale Dienste liegen unter denen der Ukraine, Renten und Sozialunterstützung werden, wenn auch auf niedrigem Niveau, stabil ausgezahlt. Das Bildungssystem funktioniert und ist in seiner Qualität dem russischen angepasst worden, so dass den Absolventen ein Studium in der RF möglich ist. Großen Wert wird auf die umfassende Versorgung und Förderung von Kindern und Jugendlichen gelegt. Das Schulesen wird konsequent subventioniert.

Gesellschaftliche Organisationen bündeln das Engagement der Bürger und kümmern sich um verschiedene Aspekte des sozialen Lebens, überwachen die Preisgestaltung, unterstützen die Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Perspektiven

Die ukrainische Aggression und die Verweigerung des in „Minsk-2“ vorgesehenen Dialogs mit den Volksrepubliken machen einen Erfolg der Minsker Verhandlungen immer unwahrscheinlicher. Ob sich daran bei einem Scheitern der derzeitigen ukrainischen Regierung etwas ändern kann, ob es eine Änderung der US-Politik in diesem Bereich geben wird, ist derzeit nicht vorhersehbar. Die Russische Föderation, die an den Minsker Verhandlungen als einer der Garantenstaaten unmittelbar beteiligt ist, hält an „Minsk-2“ fest, macht dabei aber deutlich, dass es daran keine Änderungen im Sinne der ukrainischen Regierung geben kann.

Dies führt von Seiten der RF allerdings dazu, dass eine offizielle Anerkennung der Volksrepubliken bisher nicht erfolgt ist. Angesichts der sich weiter zuspitzenden Situation wäre das aber ein dringend notwendiger Schritt, der von der KPRF schon seit den Referenden im Mai 2014 gefordert wurde und jetzt verstärkt auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

In der DVR wurde von Seiten der KP der DVR mit dieser Forderung Anfang Dezember eine Unterschriftensammlung für einen Aufruf an die russische Staatsduma gestartet, unter die bisher 10.000 Unterschriften gesammelt wurden. Auch durch die Führungen von DVR und LVR wird diese Frage inzwischen deutlich thematisiert.

Die Volksrepubliken haben von Anfang an klar gemacht, dass Minsk nicht zu einer politischen Reintegration in die Ukraine, wie sie heute ist, führen kann. Tatsächlich sehen die Minsker Vereinbarungen eine sehr weitgehende Autonomie mit eigenen bewaffneten Kräften des Donbass vor, wobei die Volksrepubliken deutlich machen, dass dies für die gesamten Gebiete der ehemaligen Oblaste Donezk und Lugansk gelten muss, auch für die Teile, die derzeit von den ukrainischen Streitkräften besetzt sind.

Dies jedoch ist für die ukrainische Seite im Grunde genommen unannehmbar.